

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Deutsche Polizeigewerkschaft organisiert in Baden-Württemberg mit großem Abstand die meisten Beschäftigten innerhalb der Kriminalpolizei. Schon aus diesem Grund sind wir unseren Mitgliedern und der Kriminalpolizei verpflichtet. Dass wir dabei auch erfolgreich sind, haben gerade die letzten Wochen gezeigt. Noch unmittelbar vor den Sommerferien haben wir weitere Akzente gesetzt und Erfolge erreicht. In der aktuellen Ausgabe findet man deshalb auch Berichte zu einzelnen Aktivitäten.

In meinem Geburtsjahr 1962 debütierte zum ersten Mal das Marvel-Comic Spider-Man. Zwei Jahre später wurde sein größter Erzfeind, Norman Osborn, ein Hoverboard fliegender grüner Kobold, erschaffen. 55 Jahre später fliegt der französische Flyboard-Erfinder Francky Zapata mit seinem Fluggerät über den Ärmelkanal.

Viele erfolgreiche Science-Fiction- oder Fantasy-Produktionen fesseln uns und lassen uns gespannt darauf schauen, ob und welche Elemente dieses Genre, die in unserer normalen Alltagswelt (noch) nicht möglich sind – irgendwann einmal Realität werden. Und vieles, was wir vor wenigen Jahren noch als eher utopisch abgetan haben, gibt es heute. Vieles gibt

es und vieles ist technisch möglich – gerade im digitalen Bereich.

Wir müssen leider feststellen, dass wir für Realisierungen neuer technischer Errungenschaften in der Kriminalpolizei weit entfernt sind, weil die erforderlichen Gelder dafür nicht zur Verfügung gestellt werden. Gerade das ist keine Fiktion, sondern vielfach Wirklichkeit. Vermutlich ist die Frage nach der Zukunft „Kriminalpolizei“, neben der Frage nach den (technischen) Möglichkeiten der Kriminalitätsbekämpfung, auch immer eine Frage der Fiktion, verknüpft mit der Bereitstellung von entsprechenden Finanzmitteln.

#### ■ Mehr Geld für das Kriminaltechnische Institut (KTI) beim Landeskriminalamt (LKA)

Am 22. Juli 2019 hatten der Landesbeauftragte für die Kriminalpolizei, Rolf Fauser, und sein Stellvertreter Manfred Ripberger ihren Antrittsbesuch beim Präsidenten des LKA BW, Ralf Michelfelder. In Begleitung unseres Landesvorsitzenden Ralf Kusterer informierten sie sich vorher im KTI, ließen sich sozusagen bei einem Kaffee mit dem KTI-Chef Axel Mögelin auf Ballhöhe bringen, um in die anstehenden Herausforderungen Einblick zu haben. Nach einem mehrstündigen Gespräch mit Herrn Michelfelder wurde insbesondere das Thema Vermögensabschöpfung aufgenommen. Anschließend fand ein Informationsaustausch mit dem Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey statt. Und just an diesem Freitag hat unser Innenminister Thomas Strobl zur Freude der DPoIG-Mandatsträger entschieden, aus den Mitteln der Vermögensabschöp-



> Oliver Auras

fung das KTI mit mehr als sechs Millionen Euro weiterhin nach vorne zu bringen.

#### ■ Vermögensabschöpfung bleibt ein TOP-Thema,

weil wir wollen, dass die Polizei und die Justiz stärker von den Zahlungen partizipieren. Die Regelungen zur Vermögensabschöpfung müssen verändert werden. Sie stammen aus einer Zeit, in der kaum größere Beträge abgeschöpft werden konnten.

Dabei ist der damalige Vorwegabzug zur Finanzierung von Staatsanwälten durchaus auch heute noch richtig. Heute stellt sich jedoch die Situation völlig anders dar. Wir reden nicht über ein bis zwei Milliönchen. Wir reden über mehrere 100 Millionen Euro. Aus diesem Topf sollen zehn bis 15 Millionen Euro unmittelbar bei der Polizei und den Ermittlungsbehörden landen. Das ist eindeutig zu wenig. Bekanntlich stammen die Aufwendungen auch überwiegend aus den Etats der Ermittlungsbehörden. Ziel ist, eine deutlich höhere Zuteilung an die Polizei. Dieses Thema steht bei uns ganz oben auf der Agenda. Wir brauchen eine schnelle Umsetzung und diese

nicht erst nach den Zahlungen aus dem Diesel-Abgas-Skandal. Die DPoIG ist zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit unseren guten Verbindungen zu Justizminister Wolf das Thema nach vorne bringen.

#### ■ Freifahrtregelung für Kripobeamte

Die DPoIG war es, die eine Freifahrtregelung für Kripo-Beamte auf den Weg gebracht hat. Mitte Juni 2019 hatte Ralf Kusterer in einem Dialog mit der stellvertretenden Leiterin des Leitungsstabs des Ministers die weiteren Schritte besprochen – Ziel: Eine schnelle Umsetzung. Wer unsere Veröffentlichungen liest, weiß, dass wir nicht nur für Polizeibeamte die Freifahrten im Blick haben. Wir – und da sind wir wieder die Einzigen, die das fordern – wollen eine Freifahrtregelung wie in Hessen, für Tarifbeschäftigte und Beamte, für Polizeibeamte aber auch für Verwaltungsbeamte erreichen.

#### ■ Kriminalpolizei 20XX(?)

Aktuell wird über die Zukunft der Kriminalpolizei diskutiert. Vieles, was auf dem Tisch liegt, ist gut und richtig. Aber für uns

#### Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Schwabenstraße 4  
76646 Bruchsal  
Telefon 07251.3924990  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 07 11/99 79 474-0  
Telefax 07 11/99 79 474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830



gehen viele Forderungen noch nicht weit genug.

Die Zukunft der Kriminalpolizei kann und darf man nicht alleine mit einer Einstellungs-offensive oder der Schaffung weniger Ermittlungsassistenten verbinden. Auch die Fragen und Forderungen zur Y-Ausbildung (verwendungsorientiertes Studium) greifen zu kurz. Wir glauben nicht, dass es aus-

reicht ein Y-Studium aufzusetzen, das lediglich eine Einführungsfortbildung Kriminalpolizei (EfK) und vielleicht minimal mehr enthält. Vor dem „EfK“ hatten wir früher einen mehrmonatigen Lehrgang für den mittleren Kriminalpolizeidienst. Wir hatten eine eigene Laufbahn Kriminalpolizei. Wir hatten ein Studium – zusätzlich – mit kriminalpolizeilich orientierter Ausrich-

tung. Mit Kriminologie, Kriminaltechnik, Kriminalistik und vielen anderen kriminalpolizeilichen Schwerpunkten. Es darf nicht darum gehen, schnellstmöglichst Berufsanfänger für die Kriminalpolizei auszubilden. Qualität hat seinen Preis. Und Qualität lässt sich nicht mal so schnell erreichen.

Wo steht die Kriminalpolizei in zehn oder 20 Jahren? Wie

reagieren wir auf die verschiedenen Kriminalitätswendungen? Können wir überhaupt reagieren? Wie beteiligen wir uns an der Forschung und wissenschaftlichen Weiterentwicklung? Dies sind nur wenige Punkte, die wir in Kürze vorstellen werden.

Wir bleiben dran – versprochen.

## Antrittsbesuch bei der Karlsruher Regierungspräsidentin Sylvia Felder

Kontakte muss man nutzen – Kontakte und Netzwerke sind wichtig – Kontakte muss man pflegen.

bis zu ihrer Ernennung am 1. April 2019 Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion war, kennen sich seit Jahren persönlich.

Ganz nach diesem Motto hat der Vorsitzende des Regierungsbezirksverbandes Karlsruhe des BBW Beamtenbund und Tarifunion, DPoIG-Kreisverbandsvorsitzender Baden-Baden/Rastatt/Bühl und Beauftragter für besondere Aufgaben im Landesverband, Dirk Preis, einen Antrittsbesuch bei der Karlsruher Regierungspräsidentin Sylvia Felder gemacht. Dirk Preis und die Regierungspräsidentin Felder, die

In einer sehr angenehmen Atmosphäre nutzte Dirk Preis den Antrittsbesuch, um eine Vielzahl an aktuellen Problemstellungen und Forderungen mit der Regierungspräsidentin zu diskutieren. Ein Kontakt, der in einer Vielzahl von Fragen innerhalb des Regionalbezirksverbandes noch wichtig sein kann. Darüber freuen sich beide, denn Kontakte wirken nie nur in eine Richtung.



Sylvia Felder und Dirk Preis

© DPoIG BW

## Versorgungsmedizin – Keine Novelle zulasten der Menschen mit Behinderung

Der DPoIG-Landesbeauftragte für Behindertenfragen, Dirk Bäuerle, hat sich gegen Änderungen an den rechtlichen Grundlagen der Versorgungsmedizin ausgesprochen, die zulasten der Menschen mit Behinderung gehen. „Wir werden das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung der Versorgungsmedizin-Verordnung weiterhin kritisch begleiten, um Verschlechterungen für die Menschen mit Behinderung zu



Dirk Bäuerle

verhindern“, betonte Bäuerle gegenüber der POLIZEISPIEGEL-Redaktion. „Natürlich müsse nach über 20 Jahren ohne Reform dem medizinisch-technischen Fortschritt Rechnung getragen werden. Auch das Ziel, Bürokratie abzubauen, ist lobenswert. Allerdings führt etwa die Zugrundelegung des bestmöglichen Behandlungsergebnisses zu einer Verschiebung des Verwaltungsaufwandes hin zu den Betroffenen. So

verstünde er Bürokratieabbau ganz und gar nicht.“

Bereits mehrfach haben sich die DPoIG und der dbb zur geplanten Novelle in der Versorgungsmedizin positioniert und immer wieder eine intensive Verbändebeteiligung eingefordert. Der Landesbeauftragte für Behindertenfragen im DPoIG-Landesvorstand kümmert sich speziell um die Belange behinderter Men-



schen in der DPoIG – so auch jetzt mit Blick auf die Reform der Versorgungsmedizin-Verordnung.

Grundsätzlich sieht Bäuerle weitere Baustellen, wenn es um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben geht. Er wünscht sich, dass der öffent-

liche Dienst seiner Vorbildfunktion im stärkeren Maße gerecht wird und mehr Menschen mit Behinderung einstellt. Auch die Ministerien und die Polizei könnten hier noch mehr leisten. Gerade was auch bei den sogenannten Nichtvollzugsbeschäftigten und den vielfältigen Einsatzgebieten, die hier

denkbar sind, sieht Bäuerle Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Zugleich stellt Bäuerle die Frage, ob nicht notfalls auch die Ausgleichsabgabe für diesen Bereich deutlich erhöht werden müsse. „Wir müssen uns an die Regeln halten, die wir uns selbst gegeben haben, das erwarte ich gerade von den

Ministerien.“ Außerdem mahnt er an, den Behinderungenpauschbetrag im Einkommenssteuerrecht, der seit der Einführung 1975 nicht mehr erhöht worden ist, deutlich anzupassen. In dieser Sache kämpft auch der dbb an der Seite von Dirk Bäuerle. Weil es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist. ■

## BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg – Landeshauptvorstand in Leinfelden

Das jährlich tagende höchste Gremium des BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg ist der Landeshauptvorstand. Die DPoIG stellt hier eine mit Abstand größte Delegiertengruppe. In den Sitzungen des Landeshauptvorstandes werden die Interessen der DPoIG-Mitglieder, insbesondere die Gesamtinteressen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und natürlich der Mitgliedsorganisationen des BBW Beamtenbund und Tarifunion berücksichtigt.

Neben einer Vielzahl interner Abstimmungen und Regularien waren zu dieser Sitzung des Landeshauptvorstandes die Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Reinhart (CDU) sowie auch Thekla Walker, die finanzpolitische Sprecherin vom Bündnis 90/Die Grünen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende gekom-

men. Ebenso Thomas Blenke, der innenpolitische Sprecher der CDU und stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der CDU-Landtagsfraktion. Mitgebracht hatten die Politiker zudem ihre Parlamentarischen Berater für Finanzen, Jochen Stopper (Grüne) und Christoph Keckeisen (CDU).

Der Forderungskatalog des BBW ist bekannt, inzwischen auch in Kreisen der Politik. Dennoch hat BBW-Chef Kai Rosenberger noch einmal aufgelistet, was nach Ansicht des BBW im Doppelhaushalt 2020/2021 berücksichtigt werden sollte. Schwarz wie Reinhart zeigten Verständnis, reagierten in der Sache auch zurückhaltend. Dennoch erneuert Rosenberger die Forderung nach einer Überarbeitung des Besoldungsgefüges, die Rücknahme der Beihilfeschlechterungen aus dem Jahr 2013, die Angleichung der für den Beamtenbereich geltenden Wochenarbeitszeit an die

im Tarifbereich geltende Wochenarbeitszeit und für einen BW-Bonus on top.

Auch wenn aus Politikerkreisen immer wieder Ablehnung signalisiert wird, halten DPoIG und BBW an ihrer Forderung nach Angleichung der Wochenarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten an die im Tarifbereich geltende unbeirrt fort. Baden-Württemberg mute seinen Beamtinnen und Beamten im Bundesvergleich die schlechteste Wochenarbeitszeitregelung zu, sagte Rosenberger. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gelte zwar auch noch die 41-Stunden-Woche. Doch im Gegensatz zu Baden-Württemberg gebe es in beiden Bundesländern einschränkende Zusatzregelungen.

Bevor die beiden Fraktionsvorsitzenden zu den Sachthemen Stellung bezogen, gab es überschwängliches Lob für „moti-

vierte und engagierte Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen, den Schulen, den Ministerien, kurz in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes“. Einig war man sich auch, dass die Beschäftigten im „besten öffentlichen Dienst Europas“ die Basis für die Wirtschaftsleistung des Landes seien und dass eben diese Beschäftigten „Wertschätzung“ verdient hätten.

Weit zurückhaltender äußerten sie sich zu den Forderungen des BBW. Dass „Handlungsbedarf bei der Besoldung in den unteren Besoldungsgruppen bestehe“, räumten beide Fraktionsvorsitzenden ein. Unterstützung signalisierten die Politiker beider Fraktionen auch beim Thema Lebensarbeitszeitkonten. Für die Rücknahme der Beihilfeschlechterungen positionierte sich allerdings eindeutig nur CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart. ■



Die engagierten DPoIG-Delegierten beim BBW-Landeshauptvorstand mit dem BBW-Vorsitzenden Kai Rosenberger (Fünfter von rechts).



© DPoIG BW (2)

➤ Ralf Kusterer (DPoIG-Landesvorsitzender), Manfred Ripberger (stellvertretender Landesbeauftragter Kriminalpolizei), LKA-Chef Ralf Michelfelder, Rolf Fauser (Landesbeauftragter Kriminalpolizei) (von links)

## Im Gespräch mit LKA-Präsident Ralf Michelfelder

4

Zu einem mehr als zweistündigen Informationsaustausch trafen sich der DPoIG-Landesbeauftragte Kriminalpolizei, Rolf Fauser, sein Stellvertreter Manfred Ripberger und DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer mit dem Präsidenten des Landeskriminalamts, Ralf Michelfelder. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Kriminalitätsentwicklungen und die Möglichkeiten des Landeskriminalamtes, diesen zu begegnen.

Dabei waren sich Michelfelder und die DPoIG-Vertreter einig: Wer wie das LKA Baden-Württemberg einen Spitzenplatz in der Kriminalitätsbekämpfung einnehmen möchte, benötigt mehr politische Aufmerksamkeit! Mit „mehr Aufmerksamkeit“ ist nicht nur das Interesse an der aktuellen Kriminalitätslage gemeint, sondern auch die angemessene Reaktion auf die Herausforderungen. Es gehört weit mehr dazu, als eine Diskussion über den personellen Nachwuchs für die Kriminalpolizei führen.

Gerade für das Landeskriminalamt mit einer Vielzahl von dort angesiedelten Aufgabenstellungen, beispielsweise die von Sprengstoffentschärfen, könnte man mit beamtenrechtlichen Sonderwegen hochqualifiziertes Fachpersonal gewinnen und halten. Da-

für setzt sich die DPoIG bei den Gesprächen zum Laufbahnrecht im Innenministerium ein. „Die Einstufung von leitenden Wissenschaftlern beim Landeskriminalamt in maximal A15 ist schlicht ein Hohn“, so Rolf Fauser. Fauser will, dass man nach guten Entwicklungen im Bereich des höheren Polizeivollzugsdienstes in den Regionalpräsidien, auch stärker das Personal beim Landeskriminalamt in den Blick nimmt: „Hochschulstudierte Wissenschaftler (M. Sc.) in TV-L 11, verbeamtete Sprengstoffsachverständige in A11 oder noch niedriger einzustufen, ist schlichtweg inakzeptabel. Wer das zulässt, hat keine Ahnung von der hochanspruchsvollen Arbeit und der daraus folgernden Verantwortung im Strafverfahren.“ Die DPoIG sieht sich an der Seite des LKA-Präsidenten, welcher klare Visionen zeichnet und al-

leine aus den aktuellen Kriminalitätsschwerpunkten und -entwicklungen seine Dienststelle deutlich stärker auf die Zukunfts- und Nachhaltigkeitsspur bringen möchte. Beeindruckt von den konkreten Zielsetzungen des LKA-Präsidenten sagte Kusterer seine volle Unterstützung zu.

### ➤ **Kriminalpolizeiliche Rahmenbedingungen gehören dringend verbessert**

Die beiden DPoIG-Kripospreecher, beide selbst ausgebildete Spezialisten der Kriminalpolizei, brachten bei dem Gespräch zum Ausdruck, dass sie einerseits die Bedürfnisse der kriminalpolizeilichen Arbeit und die besonderen Rahmenbedingungen in den Regionalpräsidien sehen, die dringend verbessert werden müssen. Andererseits aber gelte es, zwingend ein

starkes und leistungsfähiges Landeskriminalamt zu haben, das die fachliche Weisungskompetenz tatsächlich auch ausüben und die kriminalpolizeiliche Arbeit vor Ort größtmöglich unterstützen kann. Das Landeskriminalamt ist Dienstleister für die Polizeipräsidien. Die Weiterentwicklung liegt im Interesse der gesamten Polizei Baden-Württemberg, damit es sich den zukünftigen Herausforderungen stellen kann. Dazu gehört aktuell sicherlich mehr als das globale Thema Digitalisierung. Dies betrifft zum Beispiel auch die Digitalisierung der klassischen Kriminaltechnik mittels künstlicher Intelligenz, die sehr schnelle und bessere Ergebnisse für die ermittelnden Kollegen vor Ort liefern kann. Und hierzu gehört auch die grundsätzliche Frage, ob die aktuelle Gliederung und Struktur der Kriminalpolizei und deren Aufgabenwahrnehmung noch den aktuellen Anforderungen und Entwicklungen gewachsen ist. Hierbei sollte auch über Finanzierungsmöglichkeiten zum Beispiel aus der Vermögensabschöpfung nachgedacht werden und ob die Regelungen



nicht den aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssten. Manfred Ripberger, selbst ausgebildeter Wirtschaftskriminalist und Finanzermittler, sieht hier deutlichen Handlungs- und Veränderungsbedarf. Es gehört auch dazu, dass man überprüft, ob das im Grunde überforderte „Präsidium Technik Logistik und Service (PTLS)“ – auch weil personell total unterbesetzt und grundsätzlich die Personalausstattung nicht ausreichend – die Lawine von Projektaufgaben und Herausforderungen und Erwartungen der Kriminalpolizei trotz größter Bemühungen und hochmotivierter Mitarbeiter(innen) kaum bewältigen kann.

#### ► Es fehlt an politischem Gehör und Ernsthaftigkeit

Bei all den verschiedenen Themen, die man angesprochen hatte, blieb die Erkenntnis, dass das Landeskriminalamt Baden-Württemberg sehr stark am Rad in Richtung einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Kriminalitätsbekämpfung drehen möchte. Aber es blieb leider auch der Eindruck, dass manch verantwortlicher Politiker nicht im Ansatz erkennt, welche Her-

ausforderungen es in der Kriminalitätsbekämpfung zu bewältigen gilt. Hierfür aber gilt es, das Landeskriminalamt und die Kriminalpolizeidirektionen zukunfts- und handlungsfähig aufzustellen. Um das zu erreichen, ist mehr Gehör und Ernsthaftigkeit in politischen Gesprächen erforderlich.

Die Situation der Kriminalpolizei ist und bleibt ein Topthema für die DPolG-Mandatsträger, die sich stets der Polizei im Ganzen verpflichtet sehen.

Kusterer selbst hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die DPolG Baden-Württemberg – in der mit Abstand die meisten Kriminalpolizeibeschäftigten organisiert sind – sich auch wirklich um die Anliegen der Kripobediensteten kümmert. Dabei mag die mit dem Verkehrsministerium auf den Weg gebrachte Freifahrtregelung nur ein kleines Beispiel sein (Randbemerkung: aktuell bemüht sich das Innenministerium mit dem Verkehrsministerium um die

vertraglichen Rahmenbedingungen mit den Verkehrsverbänden).

Die tariffähige DPolG, die mit ihrem Vertreter auch an den Verhandlungen für Tarif- und Besoldungserhöhungen teilnimmt, setzt sich insbesondere für leistungs- und aufgabenorientierte Eingruppierungen ein. Dabei gilt es, überall dort, wo noch Verbeamtungen möglich sind, diese für bereits beschäftigte Tarifangestellte im Blick zu haben. ■



## Fachdialog und Informationsaustausch Kriminalpolizei

Der direkte Austausch und Dialog ist der DPolG und dem Innenministerium wichtig.

Dabei ist die unmittelbare Nähe der Landesgeschäftsstelle und des Ministeriums – nur wenige Schritte über die Willy-Brandt-Straße – vorteilhaft und man kann auch einmal kurzfristige Treffen anberaumen. So Ende Juli – kurz vor der Urlaubszeit. Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey,

Sigurd Jäger (Kriminaldirektor) und Jochen Katzmann (Kriminaldirektor), der DPolG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, sein Stellvertreter Oliver Auras und der DPolG-Landesbeauftragte für die Kriminalpolizei, Rolf Fauser, sowie die Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert trafen sich zum

Informations- und Meinungsaustausch.

In gewohnter offener Runde informierte LKD Ziwey über aktuelle Entwicklungen und Aufgabenstellungen – die Big Points. Die Vertreter des Kripo-Referats in der Polizeiabteilung des Innenministeriums konnten dabei für sich feststellen, dass man mit Planungen und Umsetzungen bei der DPolG

auf Zustimmung und Unterstützung traf.

Die Vertreter der DPolG informierten ihrerseits über aktuelle Überlegungen zur Zukunftsoffensive Kriminalpolizei und vereinbarten auch hier mit dem Innenministerium, eng und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten. Die Kriminalpolizei hat eine zentrale Bedeutung bei leistungsfähiger Verbre-



© DPoIG BW

> Sarah Leinert (Justiziarin/Geschäftsführerin), DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer, Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey, Rolf Fauser (DPoIG-Kripo-Sprecher), Jochen Katzmann (Kriminaldirektor), Oliver Auras (stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender), Sigurd Jäger (Kriminaldirektor) (von links)

chensbekämpfung. Eine „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“ soll Maßnahmen für eine zukunftsfähige kriminalpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung und leistungsfähige Verbrechensbekämpfung auf den Weg bringen. So lautet in etwa

die Formulierung im Koalitionsvertrag. Und man war sich einig darüber, dass die Vorstellungen weit über eine Einstellungsoffensive und die Frage der Aufstiegs- und Zukunftsperspektiven hinausgehen müssen.

Die polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung muss zukunftsorientiert aufgestellt werden, damit sie sich den wandelnden Kriminalitätsphänomenen widmen und folgen kann. Personalanalyse, Ressourcenmanage-

ment, Strukturanalyse und Aufgabenanalyse, Zukunftsmanagement und Strategieplanung waren nur einige Punkte, die man aus Sicht der DPoIG in der „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“ diskutierte.

# Jahreshauptversammlung Esslingen Seiter bleibt an der Spitze des Kreisverbandes

Am Donnerstag, dem 7. Mai 2019, fand in den Räumlichkeiten des Polizeireviers Esslingen die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Esslingen statt. Das Interesse war groß und so wohnten knapp 90 Mitglieder der Versammlung bei. Dies lag nicht zuletzt an den überaus ansprechenden Programmpunkten der Veranstaltung.

Im Fokus standen die diesjährigen Neuwahlen der Vorstand-

schaft und der Vertrauensleute.

Alfred Seiter, der amtierende Kreisvorsitzende, stellte sich zur Wahl und wurde in seinem Amt bestätigt. Als „frische Kräfte“ wurden zum Stellvertreter Martin Rall und Dominic Scheffold in die Vorstandschaft gewählt.

Als Referent konnte unter anderem Ralf Kusterer, der Lan-

desvorsitzende der DPoIG BW, gewonnen werden. Er informierte die Mitglieder über die aktuelle Lage der Polizei und lieferte interessante Einblicke in die Arbeit und Themen der Gewerkschaft im Bund und Land. Daneben referierte die Justiziarin der DPoIG BW, Sarah Leinert, anschaulich zu Möglichkeiten und Grenzen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes. Der Landes-seniorenbeauftragte Berndt

Wittmeier lieferte Ausblicke über die Zeit nach dem aktiven Dienst.

Auch dieses Jahr fand eine Verlosung statt. Die glücklichen Gewinner durften sich unter anderem über einen Besuch des Fernsehturms Stuttgart und eine Segway-Tour durch Esslingen freuen. Ein besonderer Dank gilt Ulrich Steiner und Harry Hölz, die für das leibliche Wohl gesorgt haben.



© DPoIG BW

> Zahlreiche Ehrungen zeigen die Verbunden- und Zufriedenheit der Mitglieder.



# Jahreshauptversammlung der DPolG Mannheim – Vorstand einstimmig gewählt

Der DPolG-Kreisverband Mannheim führte am 26. März 2019 im Kleingartenverein Sellweiden in Mannheim seine Jahreshauptversammlung durch.

Trotz einiger krankheitsbedingter Absagen konnten wir dennoch eine stattliche Zahl an Mitgliedern begrüßen und uns über die große Teilnahmebereitschaft freuen.

Wir konnten auch in diesem Jahr wieder unseren Ehrevorsitzenden Egon Manz begrüßen.

Nachdem die Versammlung die Tagesordnung bestätigt hatte, folgten die Berichte des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und des Kassenprüfers. Nach den Berichten wurde, auf Antrag von Walter Krech, der Vorstand von der Versammlung einstimmig entlastet.

Wegen der satzungsgemäßen Neuwahlen wurde aus dem Teilnehmerkreis der Versammlung Walter Krech als Wahlleiter gewählt. Nach Erläuterung der Wahlmodalitäten und der Feststellung, dass satzungsgemäß ein Vorsitzender, mindestens ein Stellvertreter, ein Kreisgeschäftsführer, ein Kreis-schatzmeister sowie zwei Kassenprüfer zu wählen sind, stell-



> Kreisvorsitzender Dirk Neitzke bei seinem Rechenschaftsbericht. Er verlas auch den schriftlichen Bericht des urlaubsbedingt abwesenden Kreis-kassierers Kurt Sandrisser.

te Walter Krech die Kandidaten entsprechend der Wahlvorschläge vor und ließ über die einzelnen Posten abstimmen. Der neue Vorstand der DPolG Mannheim und die Kassenprüfer wurden einstimmig von der Versammlung gewählt.

Da unser Landesvorsitzender Ralf Kusterer wegen eines verspäteten Fliegers aus Berlin und anschließenden Verkehrsstaus auf der Autobahn nicht rechtzeitig zur Versammlung eintreffen konnte, sandte er seine Grüße mittels einer „kleinen Telefonkonferenz“. Dirk Neitzke übermittelte die aktu-

ellsten Informationen aus Landes- und Bundesebene und übernahm den Part des Landesvorsitzenden bei den anstehenden Ehrungen anlässlich einer langjährigen Zugehörigkeit in einer demokratischen Gewerkschaft.

dem Postweg zukommen lassen.

Nach den Ehrungen wurden die Beauftragten für den Bezirksverband Kurpfalz ebenfalls einstimmig von der Versammlung bestätigt:

Tarifbeauftragter	Michael Schöfer
JUNGE POLIZEI	Mirjam Feist
Frauenbeauftragte	Andrea Ries
Seniorenbeauftragter	Herbert Adam

In diesem Jahr konnten wir 30 Kolleginnen und Kollegen für 25-jährige Mitgliedschaft und 42 Kolleginnen und Kollegen für 40-jährige Mitgliedschaft ehren. Es ist einfach schön, wenn man sieht, wie viele Mitglieder uns über Jahre hinweg die Treue halten.

Da der DPolG-Landeskongress im Juni 2019 stattfindet, wurden aus der Versammlung heraus insgesamt vier Anträge der DPolG Mannheim, zur Einreichung zum Landeskongress, erarbeitet und einstimmig beschlossen.



> KV-Vorsitzender Dirk Neitzke (links) konnte seine Mitglieder ehren. Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt: Gregor Bentzinger, Hans-Jürgen Henn, Ralph Jung, Wolfgang Maier, Silvia Ostermann, Andreas Radke, Michael Schnabel, Jochen Sollich, Fred Weller. Für 25 Jahre: Paul Keeler, Heike Mehlich, Wolfgang Reich.

Leider konnten nicht alle die Ehrung bei der Jahreshauptversammlung persönlich entgegennehmen. Wir haben die Urkunden und Ehren-Abzeichen den geehrten Mitgliedern auf

Nach den Schlussworten des Vorsitzenden ging es dann direkt zu einem gemütlichen Beisammensein“ bei hervorragender Verpflegung, über.

Vorsitzender	Dirk Neitzke
stellvertretende Vorsitzende	Michael Schöfer, Jutta Schulz, Eike Reimann, Peter Karg, Mirjam Feist
Geschäftsführer	Günter Troschka
Schatzmeister	Kurt Sandrisser
Kassenprüfer	Rolf Wusterhausen, Waldemar Strauch



© DPoIG BW

## 23. Internationaler Deutscher Polizei Golf Cup in Heddesheim und Rheintal

Der 23. Internationale Deutschen Polizei Golf Cup fand vom 18. bis 21. Juli 2019 auf den Golfplätzen der Golfclubs Heddesheim und Rheintal statt.

Nach der Eröffnung durch den Vize-Landespolizeipräsidenten Herrn Moser von Filseck, konnte bei besten klimatischen Bedingungen das Turnier ausgespielt werden. Hervorzuheben ist hierbei die Leistung von PKA Patrick Ganobis (zurzeit PRev. Öhringen), der nach Addition der beiden Turniertage als bester männlicher Golfer der „Poli-

zeiklasse“ feststand. Der Titel „Beste Dame“ ging an die Kollegin Andrea Feistel vom Polizeipräsidium Berlin.

Neben weiteren Einzeltiteln in verschiedenen Klassen wurde auch ein Länderpokal ausgespielt. In dieser Wertung wurden die jeweils fünf besten Spieler eines Landes aufgenommen und in einer Ländermannschaft zusammengefasst. Leider musste sich die Mannschaft aus Baden-Württemberg mit ein paar Pünktchen Unterschied der Mannschaft aus Bayern

geschlagen geben. Im Juli 2020 findet der 24. Internationale Deutsche Polizei Golf Cup in der Bundeshauptstadt statt, wo wir Baden-Württemberger aller Voraussicht nach wieder mit einem starken Team am Start sein werden. Neben dem sportlichen Wettkampf, dem dienstlichen Austausch und der Geselligkeit konnten bei der Tombola und anderer Veranstaltungen über 5 000 Euro für den guten Zweck „erwirtschaftet“ werden. Das Geld geht unter anderem an die Polizeistiftung Baden-Württemberg, wor-

über sich auch der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer freute, der als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei auch dem Vorstand der Polizeistiftung angehört. Die DPoIG Baden-Württemberg hat diese Veranstaltung finanziell unterstützt, die maßgeblich von Kollege Thomas Eisenbeiß vom Polizeipräsidium Mannheim organisiert und durchgeführt wurde. Wer die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Gruppenfoto sieht, kann dafür nur Respekt und Anerkennung finden. ■

## Willkommensparty in Lahr – immer ein toller Event

Es ist eine gute Tradition, die „Neuen“ am Abend der Vorstellung der DPoIG am Standort Lahr zu einer Willkommensparty einzuladen. Was vor Jahren mit einer Gewinnspiel-Party angefangen hat, ist heute Begrüßungs- und Kennenlern-Party in einem, bei der zahlreiche Preise verlost werden. Der Organisator Jürgen Weber lässt sich seit Jahren einiges einfallen und besorgt immer wieder herausragende Preise. Gute Stimmung und freudige Gewinner – eine tolle

Party, diesmal für die Polizeikommissarsanwärterinnen und Polizeikommissarsanwärter.

Der 1. Preis, ein TV-Gerät (gestiftet von Herrn Suhm – Debeka), gewann Jannik Neid von der Klasse 19S8. Der 2. Preis, ein Tablet (gestiftet von der BBBank), konnte Yasmin Pfeifer von der Klasse 19S6 gewinnen. Der 3. Preis, eine Adidas-Sporttasche, ging an Kollege Dmitri Altergott. Herzlichen Glückwunsch. ■



© DPoIG BW

> Jürgen Weber (Kreisgeschäftsführer), Dmitri Altergott, Manfred Schäfer (stellvertretender Vorsitzender), PKA Jannik Neid (1. Preis), David Suhm (ebeka), Bettina Mutz (Vorstandsmitglied)